

© **Schwerpunkt »Agrarindustrie und Bäuerlichkeit«**

Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie

Entwicklungszusammenarbeit zugunsten von Konzernen und zum Nachteil der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern

von Jan Urhahn

Landwirtschaft nur noch als Business Case? In den letzten Jahren ist eine radikale Umstrukturierung der Landwirtschaft im globalen Süden mit einem Schwerpunkt auf Afrika zu beobachten. Global Player der Agrar- und Ernährungsindustrie eignen sich verstärkt die Kontrolle über natürliche Ressourcen wie Land und Wasser an, expandieren auf die Wachstumsmärkte in den Ländern des Südens. Sie fördern eine inputintensive, industrielle Landwirtschaft nach westlichem Vorbild mit hohen Gewinnerwartungen. Die Expansionsvorhaben der Konzerne werden von zahlreichen Regierungen reicher Länder mit einer Vielzahl von Initiativen aktiv unterstützt. Aktuelle Beispiele sind die German Food Partnership (GFP) und die Neue Allianz für Ernährungssicherheit der G7-/G8-Staaten. – Der nachfolgende Beitrag analysiert diesen Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit und zeigt die problematischen Folgen der Allianz zwischen Politik und Wirtschaft für die Ernährungssicherheit der Menschen im globalen Süden auf.

Die neuen Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit werden als öffentlich-private Partnerschaften (Public-private-Partnerships, PPPs) realisiert. Internationale Geber – darunter die deutsche Bundesregierung – rücken Unternehmen als wichtige Entwicklungspartner ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit. Damit wird das Geschäftsmodell der internationalen Agrar- und Ernährungsindustrie zugleich als das »richtige« Entwicklungsmodell deklariert und politisch gefördert.

Dass davon Kleinbäuerinnen und Kleinbauern profitieren, die zugleich die größten Investoren in die Landwirtschaft und die wichtigsten Erzeugerinnen und Erzeuger von Lebensmitteln weltweit sind, darf bezweifelt werden. Ihnen wird das Modell der Konzerne aufgezwungen, ohne dass sie tatsächlich ernsthaft konsultiert, geschweige denn in die Vorhaben eingebunden werden. Durch die Kommerzialisierung und Privatisierung von beispielsweise Saatgut oder Land besteht die Gefahr, dass bereits bestehende Marginalisierungen und Ungleichheiten weiter verschärft werden. Durch eine einseitige Orientierung auf die Steigerung der Produktivität werden notwendige Aspekte wie Verteilungsgerechtigkeit und Umverteilung sowie ökologische Nachhaltigkeit ausgeblendet. Vielmehr sind die wirtschaftlichen Grundlagen der Kleinbäue-

rinnen und Kleinbauern und damit ihr Menschenrecht auf Nahrung bedroht.

Neues Interesse an der Landwirtschaft

Nachdem Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in vielen Ländern des globalen Südens und insbesondere in Afrika drei Jahrzehnte lang entwicklungspolitisch vernachlässigt wurden, ist seit etwa zehn Jahren weltweit eine Trendwende festzustellen. Spätestens mit dem Ausbruch der Nahrungsmittelkrise 2007/08 und der Proteste in zahlreichen Ländern sind die Themen Landwirtschaft und Ernährung wieder oben auf der Agenda der nationalen und internationalen Politik – wie auch der Privatwirtschaft – angelangt.

Die globale Agrar- und Ernährungsindustrie befindet sich in einem tiefgreifenden Umstrukturierungs- und Expansionsprozess. Die Nachfrage nach Agrarprodukten wächst. Das gilt in geringerem Maße für Nahrungsmittel, für die mit steigender Weltbevölkerung zunehmender Bedarf besteht, vor allem aber für industrielle und energetische Rohstoffe, beispielsweise zur Herstellung von Agrartreibstoffen, sowie für Tierfutter.

Vor dem Hintergrund eines weitgehend liberalisierten Weltmarkts führen Expansion und Konzentration

zu vertikal wie horizontal immer stärker integrierten Wertschöpfungsketten. Konzerne der Agrar- und Lebensmittelindustrie in dominanter Marktposition bauen ihre Kontrolle über die Wertschöpfungsketten hinweg immer weiter aus. Sie versuchen, vom Anbau über den Handel bis hin zum Supermarkt entweder selbst alles abzudecken oder die Kette über die Entwicklung und Durchsetzung eigener Standards zu koordinieren.

Zunehmend gelten transnational agierende Konzerne als »Entwicklungspartner« in der Hungerbekämpfung. Dies ist an einer ganzen Reihe von neuen Initiativen, Partnerschaften und Programmen zu beobachten. Beispiele sind die German Food Partnership (GFP) und die Neue Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz) der G7-/G8-Staaten. An beiden Initiativen ist die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), federführend beteiligt.

German Food Partnership

Angesichts der steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln, Energie und landwirtschaftlichen Produkten haben Unternehmen aus dem Agrar- und Ernährungssektor im Jahr 2012 die German Food Partnership gegründet.¹ Neben einflussreichen Verbänden wie dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) haben sich in der GFP wichtige Akteure der deutschen und europäischen Landwirtschafts- und Ernährungsindustrie zusammengetan. Darunter Bayer Crop Science, BASF, die Europlant-Gruppe und das schweizerische Unternehmen Syngenta. Sie alle gehören zu den globalen Marktführern bei Saatgut und Agrarchemie. Unternehmen wie K+S Kali und der norwegische Konzern Yara sind weltweit führende Anbieter von Düngemitteln. Dazu kommen globale Handelsunternehmen wie Metro und Lebensmittelhersteller wie Mars. An der Gründung beteiligt waren zudem die staatlichen Entwicklungsorganisationen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die längst selbst als Wirtschaftsunternehmen im Beratungs- und Entwicklungsbereich operieren. Die neue Entwicklungspartnerschaft wird komplettiert durch die Schirmherrschaft des BMZ, das auch einen erheblichen Teil der Finanzierung übernimmt.

Bislang gibt es vier GFP-Einzelvorhaben in unterschiedlichen Umsetzungsphasen.

- Die Oilseeds Initiative Africa (OIA), die sich noch im Aufbau befindet, will Produktivität und Qualität von Ölsaaten wie Soja oder Sonnenblumen fördern, zunächst in Mosambik, später in weiteren afrikanischen Ländern. Beteiligt sind unter anderem Syngenta, AGCO und BASF.

- Mit der Potato Initiative Africa (PIA) wird »die Kartoffel nach Afrika« gebracht, wie eine Pressemitteilung des BMZ vom Juni 2013 verkündet, zunächst nach Kenia und Nigeria. Beteiligt an dem Vorhaben ist Europlant, ein Großunternehmen für Kartoffel-saatgut.
- Die Competitive African Rice Initiative (CARI), gestartet von der US-amerikanischen Bill & Melinda Gates-Stiftung, will die Einkommen von mindestens 90.000 Reisproduzentinnen und -produzenten in Burkina Faso, Ghana und Nigeria verdoppeln. Mit dabei sind Syngenta, Bayer Crop Science und AGCO.
- Das vierte Vorhaben, die Better Rice Initiative Asia (BRIA), soll in Thailand, Indonesien, Vietnam, Pakistan und den Philippinen zur Entwicklung von Wertschöpfungsketten beitragen, die die gesamte Produktionskette vom »Feld bis zum Teller« umfassen. Federführend sind hier der führende Anbieter von Saatgut für Hybridreis, Bayer Crop Science, und BASF.

Nachdem die Projekte initiiert wurden, wird jetzt für die Durchführung eine Zusammenarbeit mit einheimischen Unternehmen und Institutionen gesucht. Mindestens drei dieser Einzelvorhaben sind eng auf Geschäftsfelder und -interessen beteiligter deutscher und europäischer Unternehmen zugeschnitten. Sie eröffnen ihnen Zugang zum Absatzmarkt für Saatgut, Dünger und Maschinen, aber auch Zugriff auf Agrarprodukte, Verarbeitungs- und Vermarktungsprozesse.

Entwicklung als »Kerngeschäft«

Der regionale Schwerpunkt der GFP liegt auf Afrika südlich der Sahara. Der Kontinent mit seinen reichen Land- und Wasserressourcen und steigender Nachfrage gilt als ein »schlafender Agrarriese«. Im Zentrum der GFP stehen »langfristige, firmenübergreifende Projekte, die zur Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Modelle für das Kerngeschäft der Unternehmen« beitragen sollen. Damit wird die Privatwirtschaft für das BMZ zu »einem Hauptakteur und Umsetzungspartner« der Entwicklungspolitik.²

Das Projektdesign der Vorhaben folgt dem agrarindustriellen Modell einer »modernen« Landwirtschaft: Steigerung von Produktivität und Effizienz durch agroindustrielle Inputs wie Hohertragssorten, Chemiedünger und Pestizide, die Integration von kleinbäuerlichen Betrieben und lokalen Unternehmen in Produktionsketten vom Anbau bis zum Einzelhandel und die Entwicklung neuer Märkte wie beispielsweise für angereicherte Nahrungsmittel. Dementsprechend verfolgt die GFP den Ansatz marktorientierter Wertschöpfungsketten. Im Rahmen von CARI gehört dazu

auch, Einfluss auf die politischen und rechtlich-ökonomischen Rahmenbedingungen in den Zielländern zu nehmen, um Investitionsbedingungen zu verbessern.³ Damit könnten beispielsweise die Möglichkeiten der Regierungen, Importkontrollen oder Exportbeschränkungen zu verhängen, begrenzt werden.

Die Zielgruppen für die GFP-Projekte sind nicht die ärmsten Betriebe, sondern »marktorientierte Kleinbauern und Kleinbäuerinnen«. Dadurch werden aller Voraussicht nach nur die besser ausgestatteten Betriebe erreicht, nicht aber die Mehrheit der ressourcenarmen Bauern und Bäuerinnen, die auf lokalen und meist informellen Märkten agieren. Sie werden zu meist nicht in von Konzernen dominierte Wertschöpfungsketten integriert, weil ihnen Kapital und technische Ausbildung fehlen, sie die Anforderungen an Produktionsmanagement, Buchführung, Investitionen und Hygienemaßnahmen nicht erfüllen können oder weil sie sich schlichtweg weigern, marktbasierter Landwirtschaft zu betreiben. Damit ist der Ansatz in seiner Reichweite äußerst begrenzt. Er steht zudem in Widerspruch zu den Ergebnissen, zu denen der Weltagrarbericht gekommen ist, und den darauf aufbauenden Politikempfehlungen (siehe Kasten unten).

Neue Allianz für Ernährungssicherheit

Als Mitglied der G7/G8 ist Deutschland an der Neuen Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz) beteiligt, die beim G8-Gipfel 2012 ins Leben gerufen wurde.⁴ Die Neue Allianz wird nicht nur politisch von reichen Ländern dominiert, sondern auch ökonomisch von nordamerikanischen und europäischen Konzernen aus

dem Agrar- und Ernährungsbereich. Zu diesen zählen Cargill, der weltgrößte Getreidehändler, der Saatgutkonzern Monsanto, der den Markt für gentechnisch verändertes Saatgut beherrscht, oder der weltweit führende Düngemittelproduzent und -händler Yara. Weitere bekannte Namen sind Bayer, Dreyfus, DuPont, Coca Cola oder der Maschinenhersteller AGCO.

Kernanliegen der Neuen Allianz sind Kooperationsabkommen, in denen sich bislang zehn afrikanische Länder verpflichten, die Investitionsbedingungen zugunsten privater, kommerzieller Investitionen in die Landwirtschaft zu verbessern. Ein Teil der staatlichen Maßnahmen bezieht sich auf die Vergabe von Land: Investoren erhalten in bestimmten Regionen, beispielsweise im Rahmen des Nacala-Korridors in Mosambik oder in Malawi, Zugang zu hunderttausenden Hektar Land. In Ländern wie Tansania, Mosambik, Nigeria oder Malawi werden Sortenschutzrechte im Saatgutbereich gestärkt, die es Bauern und Bäuerinnen erschweren können, ihr Saatgut auszutauschen oder zu verkaufen. Investitionsbedingungen werden auch durch Steuererleichterungen oder die Vereinfachung von Lizenzierungsverfahren für Unternehmensgründungen verbessert. Der Abbau solcher Handelsbeschränkungen begünstigt damit in erster Linie exportorientierte Investoren.

Als Anreiz für die afrikanischen Regierungen stellen die Geberländer Entwicklungshilfe und Unterstützung durch staatliche Entwicklungsorganisationen in Aussicht. Die fast 230 Konzerne kündigen in unverbindlichen Absichtserklärungen (»Letters of Intent«) an, in den kommenden Jahren mindestens zehn Milliarden US-Dollar zu investieren.⁵ Unklar ist allerdings, inwie-

Eine andere Landwirtschaft ist notwendig und umsetzbar

Der im Jahr 2008 veröffentlichte Weltagrarbericht⁶ – hervorgegangen aus einem mehrjährigen Prozess unter Beteiligung von mehr als 400 Experten und Expertinnen aus 110 Ländern – schlägt einen »bottom-up«-Ansatz vor: Agrarforschung und die Verbreitung von Know-how, Ansätzen und Technologien müssen von dem bestehenden kleinbäuerlichen Wissen und lokalen Realitäten ausgehen. Insbesondere agrarökologische Ansätze zu landwirtschaftlicher Entwicklung sollen demnach gefördert werden. Sie verbessern nicht nur Bodenschutz und Bodenfruchtbarkeit, sondern bieten auch ein enormes Potenzial zur Produktivitätssteigerung. Methoden wie das System of Rice Intensification (SRI)⁷ haben sich in der Praxis vielfach bewährt. Der Weltagrarbericht hebt hervor, dass Agrarpolitik von den Anforderungen jener Bevölkerungsgruppen wie Landlosen oder Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ausgehen soll, die trotz vielfacher Marginalisierung die größten Investoren in

die Produktion von Lebensmitteln im globalen Süden sind. Statt »business as usual« sind dafür Entwicklungsansätze erforderlich, die nicht durch die Interessen der Industrie bestimmt sind, sondern die bei bäuerlichen Produktions- und Vermarktungsrealitäten ansetzen. Nicht nur die absolute Menge an erzeugten Nahrungsmitteln ist entscheidend, sondern auch, *wer sie wie und für wen* produziert. Kernelement ist das ausdrückliche Bekenntnis zum Menschenrecht auf Nahrung.

58 Staaten haben den Weltagrarbericht unterschrieben und unterstützen damit die darin enthaltenen notwendigen Richtungsänderungen. Nicht so die Bundesregierung. Und wesentliche Forderungen und Kriterien dieser Debatte werden im Rahmen der German Food Partnership und der Neuen Allianz entweder gar nicht erwähnt oder es ist nicht klar, wie sie eingelöst werden und die Agrarkonzerne auf ihre Einhaltung verpflichtet werden können.

fern die Konzerne ihren Zusagen tatsächlich nachkommen. Auch bei der Auskunft über tatsächliche Investitionen und Maßnahmen berufen sich die Unternehmen meist auf das Prinzip »Geschäftsgeheimnis«.

In offiziellen Verlautbarungen wird die Neue Allianz gerne als »afrikanische« Initiative dargestellt, da ein Großteil der beteiligten Konzerne in einem afrikanischen Land registriert sei. Viele haben zwar ihren Sitz in Afrika, sind aber international operierende Akteure des Privatsektors. Einige afrikanische Unternehmen werden von ausländischen Geldquellen finanziert. Agrica zum Beispiel ist als tansanisches Unternehmen gelistet, hat allerdings britische Besitzer und wird von finnischen und norwegischen Investmentfonds finanziert. Das Unternehmen betreibt mit einer Fläche von 5.000 Hektar die größte kommerzielle Reisfarm Ostafrikas. Ähnlich verhält es sich bei Hoyo Hoyo Agribusiness, ein angeblich mosambikanisches Unternehmen, das eine 100-prozentige Tochter von BXR Agro ist, die das landwirtschaftliche Portfolio der internationalen Investorengruppe BXR mit Sitz in Holland abdeckt.

Ähnlich wie bei der GFP gab es bei der Initiierung der Neuen Allianz und der Ausarbeitung der Kooperationsabkommen kaum eine Beteiligung von Zivilgesellschaft oder Bauernorganisationen, weder aus Industrie- noch aus Zielländern. Einige Monate nach der Gründung der Allianz wurde ein Leitungsrat (Leadership Council) gebildet, um Rechenschaftslegung und Aufsicht über die Initiative zu verbessern. Neben Regierungen und Unternehmen sind darin auch einige wenige Bauern- und zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten.

Unklar bleibt, wie errechnet werden soll, dass durch die Aktivitäten das erklärte Ziel, 50 Millionen Menschen bis 2022 aus der Armut zu befreien, oder wie Fortschritte und Erfolge verlässlich gemessen werden sollen. Bislang genannte Indikatoren wie der Doing Business Index der Weltbank⁸ und der Anstieg privater Investitionen in Produktion oder Saatgutverkauf spiegeln bestenfalls das Investitionsklima für ausländische Investoren und Geschäftserfolge wider, nicht aber entwicklungspolitisch wichtige Kriterien. Letztere wären zum Beispiel der Rückgang der Zahl unterernährter Menschen, der Anstieg der Einkommen armer Haushalte, die Anwendung ressourcenschonender agrarökologischer Anbaumethoden oder ein verbesserter Zugang zu Wasser, Land und anderen Ressourcen für kleinbäuerliche Betriebe.

Gefährliche Entwicklung

Mit Initiativen wie der GFP und der Neuen Allianz ist die Entwicklungspolitik im Begriff, einen deutlichen Politik- und Paradigmenwechsel im Agrar- und Ernährungsbereich zu vollziehen – weg von einem Entwicklungsgedanken, bei dem staatliche und teilweise zivilgesellschaftliche Akteure im Vordergrund stehen, hin zu einer Politik, die auf die Konzerne als Hauptakteure landwirtschaftlicher und ländlicher Entwicklung setzt. Mit den neuen Partnerschaften unterstützt die deutsche Entwicklungs- und Landwirtschaftspolitik einseitig die Geschäftsinteressen von Konzernen aus der Agrar- und Ernährungsindustrie.

Die Entwicklungspolitik positioniert sich damit in der agrarpolitischen Debatte immer stärker auf der

Folgerungen & Forderungen

- Große Unternehmen der Agrar- und Ernährungsindustrie eignen sich verstärkt die Kontrolle über natürliche Ressourcen wie Land und Wasser an, expandieren auf die Wachstumsmärkte im globalen Süden mit hohen Profiterwartungen. Unter dem Etikett der Hunger- und Armutsbekämpfung fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) diese Entwicklung.
- Die Agrar- und Chemiekonzerne erschließen sich neue Pestizidmärkte oder sichern sich über die Neue Allianz Land- und Saatgutrechte. Das geht vor allem zulasten der Mehrheit der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die ins Abseits gedrängt werden. Aber auch die Umwelt leidet, denn die industriellen Monokulturen der Konzerne schädigen die Böden und bedrohen die biologische Vielfalt.
- Entwickelt wurden die Initiativen in enger Abstimmung mit den Konzernen und privaten Stiftungen, aber unter weitgehendem Ausschluss von betroffenen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren.
- Eine detaillierte Beurteilung und Bewertung der Initiativen sind aufgrund mangelnder Transparenz schwierig. Die Bundesregierung ist aufgefordert, Transparenz zu schaffen.
- Die Bundesregierung sollte die German Food Partnership beenden und bei der Neuen Allianz für Ernährungssicherheit auf eine radikale Reform drängen oder sich aus der Initiative zurückziehen. Agrarkonzerne dürfen im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weder politisch noch finanziell gefördert werden.
- Im Zentrum der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit muss die Förderung einer kleinbäuerlichen, ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung stehen.

Seite der »inkluisiven und wirtschaftlichen Modernisierung«⁹, wobei der Ansatz der »Modernisierung« auf eine industrielle Agrar- und Ernährungswirtschaft nach westlichem Maßstab verengt wird. Im Zentrum steht dabei ein industrielles Agrarmodell: Wertschöpfungsketten, die immer auch global, also exportorientiert sind, Geschäftsmodelle, die marktorientierte Kleinbauern und -bäuerinnen als Zielgruppe haben, Erschließung neuer Märkte für Saatgut und Pestizide, einschließlich gentechnisch veränderter Pflanzen. Gefördert wird ein Agrarmodell, dessen Nutzen für Ernährungssicherheit und eine breitenwirksame Armutsminderung problematisch und keineswegs bewiesen ist. Evaluierungen früherer und aktueller Partnerschaften, die eine Umsetzung entwicklungspolitischer Erwartungen nachweisen könnten, fehlen weitgehend. Die Beurteilung und Bewertung des »PPP-Ansatzes« werden durch eine grundlegende Intransparenz weiter erschwert. Der ehemalige UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, hat mehrfach darauf hingewiesen, dass Produktionssteigerungen und Marktorientierung nicht ausreichen, um das Menschenrecht auf Nahrung sicherzustellen.

Um wirklich zu Ernährungssicherheit und Armutsminderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit beizutragen, muss sich die Entwicklungspolitik wieder stärker auf ihre eigentlichen Zielgruppen, Anforderungen und Ansprüche besinnen, für deren Umsetzung sie öffentliche Gelder einsetzt, die explizit nicht für eine heimische Wirtschaftsförderung vorgesehen sind. Im Zentrum der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit muss daher die Förderung einer kleinbäuerlichen, ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung stehen.¹⁰

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- Benjamin Luig: Hungerbekämpfung in Afrika – ein neuer »Business case«. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 79 f.

Anmerkungen

- 1 Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ): German Food Partnership: Ernährung sichern. Berlin 2013 (www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/08/GIZ-GFP_Flyer_24-01-2013_deutsch.pdf).

- 2 Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ): German Food Partnership. Auftaktveranstaltung am 6. Juni 2012 (www.login.germanfoodpartnership.de/fileadmin/Dateien/PDF/130808_Gr%C3%BCndungspapier_DE.pdf).
- 3 Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum entwicklungspolitischen Nutzen der German Food Partnership, 24. Februar 2014. Drucksache 18/649 (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/006/1800649.pdf>).
- 4 Feed the Future (o.J.): The New Alliance for Food Security and Nutrition (<http://feedthefuture.gov/lp/new-alliance-food-security-and-nutrition>).
- 5 J. Eilperin: Africa Agricultural Initiative gets \$7 billion boost from private companies. In: Washington Post vom 5. August 2014 (www.washingtonpost.com/politics/africa-agricultural-initiative-gets-7-billion-boost-from-private-companies/2014/08/04/276214d2-1be3-11e4-ae54-0cfe1f974f8a_story.html).
- 6 International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development: Agriculture at a crossroads. Global report. Washington, D.C. 2009 (www.unep.org/dewa/agassessment/reports/IAASTD/EN/Agriculture%20at%20a%20Crossroads_Global%20Report%20%28English%29.pdf). – Siehe auch die deutschsprachige Website www.weltagrabericht.de sowie den Beitrag von Benny Haerlin in diesem Kapitel (s. S. 91–96).
- 7 U. Hoering: Reiche Ernte – Eine Erfolgsgeschichte aus Kambodscha (2008) (www.globe-spotting.de/fileadmin/user_upload/globe-spotting/agriculture/EED-CEDAC_Reiche-Ernte_Kambodscha_o8_deu-1.pdf).
- 8 Nähere Infos hierzu finden sich unter www.doingbusiness.org.
- 9 I. Melchers: Zwischen Business und Sozialpolitik. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung. 5 (2013).
- 10 Der Artikel basiert in großen Teilen auf folgender, von Uwe Hoering verfassten Studie des Forum Umwelt und Entwicklung: Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie. Eine kritische Analyse zur Förderung des Agribusiness im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich. Berlin 2014 (www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Landwirtschaft_Ernaehrung/AGRI_Analyse_Agribusiness_21102014_web-1.pdf).



Jan Urhahn

Referent für Landwirtschaft und Welternährung beim INKOTA-netzwerk e.V.

Chrysanthemenstr. 1–3, 10407 Berlin
E-Mail: urhahn@inkota.de
www.inkota.de